

Mitbericht

Stromschwemme – nicht Stromlücke – ist das Problem

RUDOLF RECHSTEINER*

Die Berner Volksbefragung ist vorbei. Das Resultat, 49 Prozent gegen, 51 Prozent für ein neues Atomkraftwerk, nach keiner Seite richtig Freude machen. Die Argumente dafür waren: Stromlücke, Wirtschaftsstandort, Steuereinnahmen. Wie real sind diese Argumente? Wäre Strom knapp, müssten die Preise steigen. An der Strombörse läuft es umgekehrt. Der Preis für Bandenergie («baseload») ist im Sinkflug: Für 7,1 Rappen was die Kilowattstunde (kWh) 2010 durchschnittlich im Swissix Handel, im Vergleich zu 7,7 Rappen 2007, 12,0 Rappen im Jahr 2008 und 7,3 Rappen 2009. Schuld daran ist erstens die Gas-schwemme: 2,2 Eurocents/kWh kostet Erdgas im Grosshandel. Daraus ma-

Ein Post-Kyoto-Abkommen ist nicht in Sicht. Die EU hat ihre Klimaziele gebremst.

chen Kombikraftwerke Strom für unter sieben Rappen. Zweitens die Politik: Ein Post-Kyoto-Abkommen ist nicht in Sicht. Die EU hat ihre Klimaziele gebremst: Nicht 30 Prozent, sondern nur 20 Prozent CO₂-Reduktionen bis 2020. Drittens die Laufzeitverlängerungen für AKW. Sie drücken den Strompreis. Viertens der rasante Zubau von Solar- und Windkraftwerken, die zu stürmischen wie sonnigen Zeiten zu «plötzlichen Preissenkungen» führen, wie ein Marktanalyst schreibt. Die Stromschwemme hat Folgen. Der spanische Stromkonzern Iberdrola ist mit 12.500 Megawatt der grösste

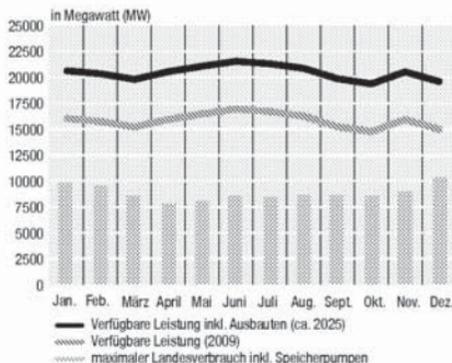
Windfarmbesitzer der Welt. Er produziert mehr Strom aus Wind als alle Schweizer Atomkraftwerke zusammen. Iberdrola hat vergangene Woche die Windinvestitionen für 2012 von zwei auf eine Milliarde Franken halbiert. Es sei «zu viel Gas» am Markt. Nun trifft es die erneuerbaren Energien. 2010 sanken die Neuinstallationen an Windkraft weltweit um sieben Prozent. In der Fotovoltaik wurden die Neuinstallationen zwar mehr als verdoppelt. Doch mit einer steileren Absenkung der Vergütungen in Deutschland und einem neuen «Deckel» in Frankreich wollen die Atompolitiker hüben und drüben den Markt bewusst schrumpfen lassen. Vorgeschieben werden dabei Kostenargumente, obschon der Solarstrom rasant billiger wird.

In Wirklichkeit geht es um mehr. Die schmutzigen Altindustrien wollen Platzhirsch bleiben. Zu diesem Zweck betreiben die Atomkonzerne seit Jahren Rufmord an der Wind- und Sonnenenergie. Das fährt ab. So schreibt inzwischen auch unser Energie-departement (Uvek) in der Vernehmlassung zur neuen Energieverord-nung, Solarstrom sei «minderwertig», denn «der Erlös für gelieferte Energie wird in der Regel von der Verfügbarkeit bestimmt». Mit Verlaub – das ist Quatsch. Der Wert von Strom bemisst sich an der Nachfrage. Und diese ist am Tag, wenn die Sonne scheint, zu jeder Jahreszeit höher als in der Nacht. Für Verfügbarkeiten gibt es einen Markt. Die aktuelle Kraftwerksleistung der Schweiz beträgt 15.846 Megawatt (2009) und übersteigt die maximale monatliche Lastspitze im Jahresmittel um 80 Pro-

Genug. Die Reserve der Kraftwerke übertrifft die monatliche Höchstlast im Jahresmittel um 80 Prozent. Sie wird bis 2025 noch auf 120 Prozent steigen.

Grafik BAZ/zh

HÖCHSTLAST UND LEISTUNGSRESERVE IN DER SCHWEIZ



zent. Kein Land hat so grosse Reserven wie wir. Und Ausbauten für weitere 4600 Megawatt sind im Bau oder in Planung, womit die Reserve auf 120 Prozent steigt. Als «minderwertig» taxiert der Markt nicht den Solarstrom, sondern die Bandenergie aus Kohle- und Atomkraftwerken während der Nacht. Steigt der Anteil an erneuerbaren Energien im Stromnetz, braucht es noch weniger Bandenergie. «Die Anzahl notwendiger Abschaltungen und schneller Ab- und Anfahrvorgänge wird zur Bewältigung der sogenannten Residuallast erheblich steigen. Der Bedarf einer dauerhaft gleichmässigen Grundlast besteht damit nicht mehr», schreibt der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem jüngsten Gutachten. Nicht die erfundene «Stromlücke» ist das Problem. Eine Stromschwemme

bremst Neuinvestitionen in die saubere Stromversorgung. Und apropos Wirtschaftsstandort Bern. Der Solarkonzern Meyer Burger (Thun) hat seinen Umsatz im letzten Jahr auf 826 Millionen Franken verdoppelt, bei einer Umsatzmarge von über 20 Prozent. Millionenumsätze von Solar-, nicht von Atomfirmen. So viel zum Wirtschaftsstandort Bern. Den Bernern sagt man nach, sie funktionieren langsamer als andere. Bis zur nächsten Volksabstimmung bleibt ja noch Zeit, aber nicht sehr viel.



* Mit einem Mitbericht kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.